



Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL)

WSL - 3 Hannover 1 - Königstr. 53

Herrn Minister Greulich
Ministerium für Wirtschaft
und Verkehr
H a n n o v e r
Friedrichswall 1

Landesverband Niedersachsen e.V.
im Umweltschutz-Zentrum

3 Hannover 1, Königstr. 53
Telefon (0511) 1 80 23

Postscheck-Konto Hannover 748
Norddeutsche Landesbank 3807

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum 12. Juni 1973

Offener Brief.

Sehr geehrter Herr Minister Greulich!

Als Sie im Rahmen Ihres diesjährigen Regierungsbesuches im Kurhaus zu Bad Pyrmont davon sprachen, daß für die Niedersächsische Landesregierung der Mensch und die Fürsorge für ihn im Vordergrund aller Planungen stünde, hat mich dies wohltuend berührt. Dieser Ausspruch ermutigt mich als Vorsitzender des Niedersächsischen Landesverbandes im Weltbund zum Schutze des Lebens e.V. Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, eine der größten Sorgen der Bevölkerung vorzutragen u. zw. die Sorge um die Schäden, welche die Kernkraftwerke im niedersächsischen Raum anrichten könnten. Das ganze Problem, das nicht nur ein ökologisches und gesundheitliches, sondern auch ein wirtschaftliches ist, das den Menschen ernsthaft bedroht, sollte Sie veranlassen, sich mit den Einwendungen der Gegner der Atomkraftwerke zu befassen.

Lt. Presseberichten hat eine interministerielle Kommission - einschließlich Vertretern des Bundes - neun Monate lang 16 Standorte für große Kernkraftwerke in Niedersachsen überprüft.

X "Erst für drei": Emden, Cuxhaven und Grohnde sei eine Vorentscheidung gefallen. Wie wir erfuhren, würden bis 1985 noch weitere 4 bis 5 Atomkraftwerke in Niedersachsen gebaut; damit stünde dann das Land Niedersachsen mit 60 % der Stromerzeugung aus Kernkraft an der Spitze der Bundesländer.

Hierzu gestattet sich der Weltbund zum Schutze des Lebens, Landesverband Niedersachsen, folgende fundierte Kritik:

Btr. Gutachten der Prognos-AG, Basel von 1967:

"Niedersachsen könne den Anschluß an das Wirtschafts-Wachstum der anderen Bundesländer

n u r durch eine schnelle und größtmögliche Förderung der Atomenergie erreichen."

Die Befolgung dieser gutachtlichen Ratschläge würde sinnvoll sein, wenn die Kernkraftwerke den Strom wirtschaftlich erzeugen könnten. Diesen Beweis ist die Atomtechnik bis heute jedoch schuldig geblieben... und wird ihn auch in Zukunft schuldig bleiben.

I. Die Leichtwasser-Reaktoren - um solche kann es sich bei Ihren Planungen nur handeln -

werden auch bei Blockgrößen von 1 300 MW und mehr keine Wirtschaftlichkeit erreichen.

Aus dem Mißerfolg des Kernkraftwerkes Würgassen sollte Niedersachsen den Schluß ziehen, abzuwarten, ob sich die Werbesprüche zugunsten der Größt-Atomkraftwerke bestätigen werden oder nicht.

Bei Würgassen hatte Minister Partzsch 1968 bekannt gegeben, daß "die Entscheidung für ein Kernkraftwerk in Würgassen gefallen sei - ausschließlich wegen des mit Abstand günstigeren Stromerzeugungspreises gegenüber einem Steinkohlekraftwerk am selben Standort."

Diese damalige Prognose hat sich aber nicht erfüllt. Die Wirklichkeit sieht heute völlig entgegengesetzt aus. Schon der Probetrieb von 1972 hat in Würgassen nur eine Verfügbarkeit von 25 % (mit 100 Mill DM zusätzlichen Unkosten) erbracht, gegenüber 75 % Verfügbarkeit von konventionellen Kraftwerken.

Die Rheinisch-Westf. Elektrizitätswerke RWE hatten den Strombezugsvertrag (1/3 der Würgassen-Stromerzeugung) vor der Hauptversammlung am 28.2.1968 mit derselben Formulierung einer angeblich mit Abstand besseren Wirtschaftlichkeit der Kernenergie in Würgassen begründet; jedoch stiegen die RWE wenige Monate danach aus diesem Vertrag wieder aus und bestellten ein

doppelt so großes Atomkraftwerk von 1 200 MW für Biblis, um
"aus der Kostendegression bei wachsender Blockgröße

e i n e Wirtschaftlichkeit zu erreichen."

Bisher sind dies jedoch nur Zukunftshoffnungen der Werbebüros; der Nachweis, daß dem so ist oder nicht ist, kann frühestens nach Ablauf des Probetriebes von Biblis I und II - also kaum vor 1978/79 erbracht werden.

Aber, zu der Entscheidung über gleich mehrere Größt-Atomkraftwerke (je 1 300 MW, im Milliarden DM Wert) gehört zuvor eine echte, nachprüfbare Kosten-Nutzen-Analyse.

Zu einem solchen Wirtschaftlichkeits-Nachweis gehören beim Kernkraftwerk jedoch

alle Kosten

von der Urangewinnung bis zur Uran-Anreicherung
und von der Abwärmevernichtung durch Kühltürme oder
Trockenkühltürme

und bis zum Abtransport des Atommülls nach Karlsruhe zur Wiederaufarbeitung der Brennelemente und bis nach Wolfenbüttel-Asse II zur Endablagerung - einschließlich der Kosten für die jahrhundertlange Überwachung und ev. Umlagerung.

Im Vergleich zu konventionellen Wärmekraftwerken ist dann noch die unterschiedliche Verfügbarkeit sowie der 50% ige Mehrdampf der Kernkraftwerke gegenüber den modernen konventionellen Kraftwerken gleicher Leistung zu berücksichtigen.

Die Verfügbarkeit aller Atomkraftwerke in USA hat bisher nur bei 60,9 % gelegen, gegenüber 75 % bei konventionellen Wärmekraftwerken (lt USA-Veröffentlichung in atw 2/73 S 57). Die Verfügbarkeit der Kernkraftwerke außerhalb der USA lag bisher bei nur 60,3 %.

Die Verfügbarkeit im Jahre 1972 lag beim Kernkraftwerk

Kahl	bei	0 %
Lingen	bei	25 %
Würgassen	bei	25 %

Jeder Stillstand kostet (lt.atw) 400.-DM/MW und Tag, das sind bei 1 300 MW rd. 500 000 DM Unkosten pro Tag.

Die Rentabilität der Leichtwasser-Reaktoren ist aber noch aus anderem Grunde nicht zu erwarten:

Der Kernspaltungsprozess ergibt bei den Leichtwasser-Reaktoren nur Sattdampf von 70 atü und 280 ° C, gegenüber 150 atü und 550 ° C bei konventionellen Dampfkraftanlagen. Dadurch ist bei diesen Kernkraftwerken für die gleiche Leistung rd 50 % mehr Dampf notwendig als bei konventionellen Kraftwerken.

Sorgfältige Nachrechnungen ergeben, daß diese Leichtwasser-Reaktoren keine Wirtschaftlichkeit erreichen können. Sie bedeuten vielmehr einen aufwendigen bluff, ohne jede Rentabilität.

~~Aufbau eines Leichtwasser-Reaktors~~

Rudolf Schulten vom Kernforschungszentrum Jülich schon seit mehr als 10 Jahren hingewiesen.

Jedoch haben sich die Kerntechniker nicht danach gerichtet, sondern immer schneller solche unwirtschaftlichen Leichtwasser-Reaktoren

gebaut - mit immer größeren Leistungen ohne jedoch dadurch eine Wirtschaftlichkeit erzielen zu können.

II. Erst jetzt haben sich die Kernkraftwerks-Forscher auf eine rasche Entwicklung der Hochtemperatur-Reaktoren und der Schnellen Brüter gestürzt, weil diese , grundsätzlich anderen Bauarten eine Wirtschaftlichkeit versprechen sollen, allein schon, weil das Uran dabei mindestens um fünfzigmal besser ausgenutzt würde, als bei den Leichtwasser-Reaktoren.

Der geplante Hochtemperatur-Reaktor soll außerdem die Achillesferse der Leichtwasser-Reaktoren mit ihrem Sattdampf von nur 70 atü vermeiden.

III. Es wäre somit ein verhängnisvoller Fehler , für die Stromerzeugung in Niedersachsen weitere Größt-Leichtwasser-Reaktoren mit deren nachweisbaren Unwirtschaftlichkeit aufzustellen.

Das Wirtschaftsministerium, auch vom Land Niedersachsen hat jedoch in erster Linie die Wirtschaftlichkeit zu vertreten, nicht jedoch die Interessen der Atomindustrie und deren veralteten und unwirtschaftlichen Bauarten.

IV. Zu einer echten Kosten-Nutzen-Analyse gehört bei der Kernspaltung ganz besonders jedoch ein wirklichkeitsnaher Risiko- Chancen - Vergleich und eine echte Prüfung der Umweltfreundlichkeit beider Systeme.

V. Am Vorprojekt des Leichtwasser-Reaktors (1 300 MW) für Grohnde-Weser soll hier nun diese Unmöglichkeit eines wirtschaftlichen und sicheren und umweltfreundlichen Kernkraftwerkes dargestellt werden:

Der Standort Grohnde-Weser, - unterhalb von Würgassen - muß auch aus wassertechnischen Gründen abgelehnt werden. Die Wasserentnahme aus der Weser, die schon durch das KW Würgassen und die ständigen Kaliabwässer aus der DDR überbelastet ist, kann nicht verantwortet werden. Auch die Wasserentnahme aus dem Grundwasser ist ausgeschlossen, da in diesem Raum das Wassereinzugsgebiet der Stadt Hameln und der umliegenden Ortschaften gefährdet würde.

Die vorgesehenen Naßkühltürme bedingen Kühlwasser in großen Mengen, es müßte also unter allen Umständen auf Trockenkühlung übergegangen werden.

Versuchs-Trockenkühltürme werden jedoch z.Zt. erst für 500 MW Leistung entwickelt.

Auf alle Fälle wird eine Kühlturm-Abwärme-Vernichtung sowohl den Wirkungsgrad der Kraftanlage um weitere 10% verschlechtern als auch das Klima verändern. (Nebelbildung, Glatteis und Schiff-Fahrtbehinderung.)

VI. Das Thema Radioaktivität wird laufend verharmlost, z.B. durch Professor Dr. Karl Aurand vom Institut für Wasser, Boden- und Lufthygiene des Bundesgesundheitsamtes Berlin. In Erörterungsterminen und zuletzt im März 1973 in einem Podiumsgespräch bei den Freunden der Medizinischen Hochschule Hannover formulierte er permanent:

"Generell ist eine umweltfreundliche Nutzung der Kernkraftwerke festzustellen. Auftretende Spaltprodukte können wieder reaktiviert werden. Strahlenschäden aus dem Betrieb von Kernkraftwerken sind fast ausgeschlossen. Die Spaltprodukte belasten die Umwelt kaum oder garnicht." (HAZ vom 23.3.73.)

Er und andere Pro-Kernkraft-Gutachter begehen immer wieder zwei grundsätzliche Fehler bei ihren Aussagen:

- a. Aurand geht vom Normalbetrieb der Kernkraftwerke aus und bezieht die hohe Störanfälligkeit nicht ein.
- b. und er will glauben machen, daß zwischen natürlicher Strahlung und künstlicher Radioaktivität nur ein gradueller Unterschied (etwa 1 : 100) bestehen würde.

Aber von den vielen Bekundungen über die Schädlichkeit der Radioaktivität, die von bekannten Wissenschaftlern immer wieder betont werden, wird leider amtlicherseits nicht Kenntnis genommen.

Nachdem bereits die Abteilungen für Medizin. Zukunftsforschung und Environtologie sowie Radiobiologie der Universität Marburg-Lahn im "Deutschen Ärzteblatt" Heft 41, vom 7.10.1971 S. 2752 auf die Gefährlichkeit der radioaktiven Verseuchung durch Kernkraftwerke hinwiesen, verbreitete jetzt der Hessische Rundfunk im 1. Programm am 11.4.73 um 12⁵⁰ h in der Hessenschau eine Bekanntmachung der "Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft in Frankfurt/M". Diese forderte eine öffentliche Diskussion der Ergebnisse einer von ihr veranlaßten Untersuchung über die Umwelteinflüsse der Atomenergie Die Wiener Strahlenforscher Peter Weiß und Eduard Gruber seien zu dem Ergebnis gekommen, daß

die zusätzliche Strahlenbelastung durch Abwässer und Abluft der Kernkraftwerke und der Wiederaufarbeitungsanlagen, sowie die Lagerung des Atommülls zu den gefährlichsten Belastungen der Umwelt gehören.

Die Forscher hätten ferner darauf hingewiesen, daß die ständige Zunahme der Erbkrankheiten auf die steigende Strahlenbelastung zurückzuführen sei.

Die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft erklärte - weil die Forschungsergebnisse insbesondere den beschönigenden offiziellen Verlautbarungen und auch den Auffassungen einiger Kernforscher entgegenstünden, - sei es notwendig, sie allgemein bekannt zu machen."

Die schon im Normalbetrieb laufend abgegebenen Radioaktivitäten in den Fluß und in die Atmosphäre (über den Kamin) würden die Lebensmittel- und biologisch-pharmazeutische Industrie, insbesondere die Zuckerfabrik schädigen und zur Abwanderung zwingen. Sie liegen alle in der Gefahrenzone III, d.h. 3 bis 5 km unterhalb Grohnde.

Für eine echte Beurteilung der Auswirkungen von unkontrollierten Strahlungen aus dem Kernreaktor in Grohnde und für die Langzeitauswirkungen können nur seriöse Wissenschaftler wie Professor Dr. Bechert, Dr. habil. Herbst, Dr. Gofmann und Tamplin, Prof. Sternglass u.a. den abhängigen Gutachtern (Aurand, Graul u.a.) gegenübergestellt werden, bevor sich die Ministerien entschließen sollten.

VII . Bei den Störfällen am laufenden Band - wie die bisherigen Erfahrungen bei Leichtwasser-Reaktoren beweisen, wird nicht nur die Industrie, sondern weitgehend und bis über die Zonen IV hinaus die Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen, besonders die Kinder. Gegen jederzeit mögliche Katastrophen schützen die Katastrophenschutzabwehrpläne mit den darin eingebauten Evakuierungsmaßnahmen nichts.

Diesen tatsächlichen Möglichkeiten muß mit größter Verantwortung vor einer Entscheidung entgegengetreten werden - aber nicht mit Verharmlosungs-Versuchen.

Was es mit den Größtkernkraftwerken von 1 300 MW - wie Grohnde, Emden, Cuxhaven, Esenshamm und Krümmel - auf sich hat, geht aus der Mitteilung der US Atomenergiekommission (lt atw 4/ 73 Seite

148) hervor:

" 1 300 MW zunächst Obergrenze für Kernkraftwerke"

Künftig wird die USAEC Anträge auf Baugenehmigungen nur noch für Kernkraftwerke entgegennehmen, deren Blockgröße nicht über 1 300 MW liegt.

Die Begrenzung ist unbefristet. Angesichts des schnellen Anstieges der Einheitsleistung, der vor allem auf die besonders günstige Kostendregression bei Kernkraftwerken zurückgeht und viele Konstruktionsänderungen mit entsprechendem Genehmigungsaufwand zur Folge hatte, will die AEC einen Leistungsanstieg verhindern, bis mehr Erfahrungen mit dem Betrieb großer Kernkraftwerke vorliegen."

Nach einem Bericht von Würgassen (lt.DWZ vom 12.4.73.):

"Die Größen von Atomkraftwerken sollen nach Ansicht von Elektrizitätsunternehmen nicht weiter so schnell anwachsen wie in den vergangenen Jahren. Es sei notwendig, unterstrich der Geschäftsführer des Kernkraftwerks Philippsburg, Reinhard Kallenbach, bei einer Besichtigung aus Anlaß der Reaktortagung in Karlsruhe, zunächst eine "Konsolidierungsphase" eintreten zu lassen. Es gehe darum, nach schnellem Wachstum der Kraftwerksgrößen von 300 auf 1300 Megawatt, jetzt die Technik sicher in den Griff zu bekommen.

VIII. Der Standort Grohnde

" ist auch aus anderem Grunde als grotesk zu bezeichnen: Für dieses Kernkraftwerk ist eine Hundert-Hektar große Fläche aus einem Naturschutzgebiet verplant; sie soll aus einer erstklassigen Staatsdomäne herausgeschnitten werden, die mit einer überdurchschnittlichen Qualität, der Bodenzahl 82 der Raumordnung-agrarkarte, ausgewiesen ist.

Es erscheint bezeichnend für den betont industriell-materiellen Intellekt der Kommission, daß diese sich nicht nach einer der vielen Brachland-Flächen umgesehen hat, die volkswirtschaftlich keine große Bedeutung besitzt. Ausgerechnet die Domäne Grohnde soll dafürherhalten.

Dieses Vor-Projekt Grohnde (wie auch das für Emden u.a.) betrifft den Hintergrund der hier angesprochenen Problematik.

Das Wirtschaftsministerium hat offenbar als oberstes Ziel einen ständig wachsenden Wohlstand vor Augen;

der "Weltbund zum Schutze des Lebens" dagegen vertritt den Wohl-Bestand der Bevölkerung - der Bürger, in deren Auftrag

und zu deren Besten gehandelt werden sollte.

Ein Wohlstands-Wachstum macht einige Reiche immer reicher,
jedoch wird dabei eine rasch wachsende Zahl per Saldo immer
ärmer.

Das vorgegebene Argument

einer kommenden Energie-Lücke liegt neben der Sache.

IX. Zum Energie-Problem:

Ein ständig wachsender Energiebedarf liegt ausschließlich im materiellen Interesse der Stromerzeuger. Deren Propaganda-Slogans "... sonst gehen die Lichter aus" bedeuten "Eigentore" im Spiel der Werbung um jeden Preis.

Ein ständig steigender Strombedarf stößt heute schon an eine ökologisch bedenkliche Grenze.

Gunther Schach schreibt in der "Deutschen Zeitung" (Nr. 13 vom 30. 3. 73. Seite 23) unter

"Energie- Kilowatt auch noch für unsere Enkel ?"

"Die Zeit sorgloser Verschwendung geht zu Ende." . . .

Nach vielen neuen Meldungen sind nun doch noch riesige Kohlenvorräte vorhanden. So in einer Meldung des "Hamburger Abendblattes" vom 28.3.73, nach der der Steinkohlenvorrat schon allein in der Bundesrepublik Deutschland z.Zt. noch 76 Mrd t SKE beträgt. Diese Vorräte reichen also zumindest solange aus, bis die ungefährliche Kernfusion zum Zuge kommt.

Sie, Herr Minister Greulich, steuern jedoch im dichtbesiedelten Land Niedersachsen statt der hier genannten

10 % die 60 % an!

Gibt Ihnen eine solche Relation nicht zu denken!

Wem soll das nützen?!

Von welchem Hintergrund aus wurde eine solche Zielrichtung in die Diskussion gebracht ?

Haben dabei die Prognos-Ag, Basel und die Großkonzerne Pate gestanden?

Quelle: "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (siehe unter V) aus dem 1. April 1973, Seite 1.

X. Der Eigen-Strombedarf der Kernspaltungs-Energie.

Eine objektive, sorgfältige Ermittlung des bei Kernkraftwerken besonders hohen Eigenstrom-Bedarfs

wird den I r r w e g der unrentablen Stromerzeugung aus der Kernspaltung gegenüber konventioneller Krafterzeugung sichtbar werden lassen.

Nur aus der Ganzheit ist diese entscheidend wichtige Problematik zu erkennen:

Kernkraftwerke fressen einen hohen Anteil ihrer Strom-Produktion selber wieder auf - ungleich mehr als konventionelle Kraftwerke. Eine solche genaue Ermittlung des Eigenstrom-Bedarfs muß alle hierfür aufzubringenden Leistungen gegenüber der Herstellung von konventionellen Kraftwerken wirklichkeitsgemäß erfassen; und zwar den Energiebedarf für die Urangewinnung und -anreicherung über die verschiedenen Kühlturbinen-Aggregate bis hin zur Atommüll-Behandlung (Transporte, Aufbereitung und Endablagerung) und außerdem den vielfach höheren Mehraufwand an Energie zur Herstellung der Kernkraftwerke selbst.

Unabhängige Fachleute werden dazu eine Aufstellung vorlegen, die große Überraschung auslösen wird.

Bei solcher Art industrieller Konstruktion und Produktion kann es nicht Wunder nehmen, wenn der Strombedarf über Gebühr ansteigt.

Dieser Eigenstrombedarf gehört zur notwendigen, echten, nachprüfbaren Kosten-Nutzen-Analyse.

XI. Zum wirklichkeits-nahen "Risiko-Chancen-Vergleich" und zu einer echten Prüfung der "Umweltfreundlichkeit" (siehe unter V) gehört die ganze Problematik der Atommüll-Behandlung:

Die Lagerung beim Kernkraftwerk zwecks teilweiser Abklingung, der getrennte Transport, einmal der Brennelemente zur Aufarbeitung und dann zur Endablagerungsstelle, sowie der niedrig- bis mittel-aktiven Abfälle unmittelbar zur Endablagerungsstelle.

Bei der Durchleuchtung dieses Teilproblems fällt dann auf, daß bis heute noch keine zuverlässige Endablagerung bekannt ist.

" Zur Zeit wird die Lagerung in Salzbergwerken noch erforscht.

Nur wenn sich herausstellen sollte, daß Salzbergwerke völlig ungefährlich sind, wird der Atommüll dort gelagert; " ansonsten muß ein anderer Weg gefunden werden." (So der Ministerialrat Dr. Schmidt-Küster vom Bundesministerium in der Forumdiskussion am 10.2.72. in Bremen.)

XII. Schlußbemerkung

Der Landesverband Niedersachsen e.V. im "Weltbund zum Schutze des Lebens" hat es für notwendig gehalten, diese Kritik ausführlich und fundiert zu formulieren, um darzutun, daß die Kernspaltungsenergie (z.Zt. die Leichtwasser-Reaktoren) unwirtschaftlich ist, und daß der Widerstand dagegen somit s a c h = l i c h, aber nicht "emotional" begründet ist.

Emotion wird allerdings ausgelöst durch die folgenschwere Mesalliance zwischen den Behörden und der Industrie.

Die Atomfront verfügt über viele Millionen und Milliarden Mark - auch für fragwürdige Propagandazwecke - und jeder dort Tätige steht im Sold;

wohingegen die weltweiten Warner nur aus Sorge und Überzeugung mit ihren eigenen beschränkten Mitteln positiv dagegen handeln und Klagen führen.

Wir sind es leid, daß die Bürgerinitiativen kein Gehör finden, daß ihre Argumente garnicht zur Kenntnis genommen werden und daß viele Behörden Beschlüsse fassen, als ob diese die Bevölkerung nicht ernstlich betreffen.

Daß die Regierung vom Land Niedersachsen sich zum Schrittmacher für den kostspieligen und gefährvollen I r r w e g der Kernspaltungskraftwerke hat machen lassen, kann wohl nur auf einer Verkennung der Tatsachen beruhen.

Wir sind zu einer Aussprache darüber mit Ihnen bereit.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Abschriftlich an:

Herrn Minister Partzsch
Hannover

1. V O R S I T Z E N D E R
Garten - u. Landschaftsarchitekt
BIG